



## Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktion DIE LINKE

### **Behördenversagen beenden - Staßfurter Staubablagerungen wirksam bekämpfen!**

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/6680

Der Landtag wolle beschließen:

### **Ein verantwortungsvoller Umgang mit gemeldeten Umweltverschmutzungen durch die Landebehörden ist notwendig**

1. Die Landesregierung wird beauftragt, ihre zuständigen Landesbehörden anzuweisen, bei Vorfällen/Umweltverschmutzungen nach Bundesemmissionsschutzgesetz so schnell wie möglich vor Ort Proben zu entnehmen und eine Untersuchung in die Wege zu leiten.
2. Die genommenen Proben sind im Umfang so zu analysieren, dass ein Verursacher ermittelt werden kann bzw. mögliche Verursacher im Umkreis ebenfalls beprobt werden, um dann vergleichbares Material vorliegen zu haben.
3. Die durch die Messung und Analyse gewonnenen Ergebnisse sind in einem offenen und maschinenlesbaren Format darzustellen. Der Öffentlichkeit sind Sachstände sowie Konsequenzen darzustellen. Die veröffentlichten Daten sollen für Transparenz (vor Ort) sorgen.
4. Die Landesregierung wird beauftragt, ihre zuständigen Landesbehörden anzuweisen, den bisher ungeklärten Ursachen für den rötlichen Staub in Staßfurt (im Sommer 2020) auf den Grund zu gehen und akzeptable Resultate den Menschen vor Ort zu unterbreiten.

### **Begründung**

Geregelte Kontrollmechanismen für Vorfälle/Umweltverschmutzungen nach Bundesemmissionsschutzgesetz sind sowohl für die Landesbehörden als auch für die Bür-

(Ausgegeben am 14.10.2020)

ger\*innen eine wichtige Möglichkeit, Vertrauen zu schaffen und Vertrauen zu fassen. Die aus Analysen erhaltenen Sachstände und die daraus resultierenden Konsequenzen sind transparent und in offenen Formaten darzustellen.

Das Beispiel Staßfurt zeigt, wie wichtig es ist, dass Landesbehörden zeitnah und umfassend agieren, um mögliche Ursachen zu definieren und Misstrauen in die zuständigen Behörden zu unterbinden.

Thomas Lippmann  
Fraktionsvorsitzender